

Der lange Weg zur Eigenständigkeit

Der Landesbehindertenbeauftragte beim Projekt Vaubanaise

Von Anja Bochtler

Es geht um Eltern, die seit Jahren für ein selbstbestimmtes Leben ihrer erwachsenen Kinder mit Behinderung kämpfen. Es geht aber auch um viele andere in ähnlichen Situationen. Um die grundsätzliche Frage: Wird auch Menschen mit schweren Handicaps ein eigenständiges Leben außerhalb eines Heims zugestanden? Der Landesbehindertenbeauftragte Gerd Weimer (SPD) will das erreichen, sagte er gestern bei seinem Besuch beim genossenschaftlichen Wohnprojekt Vaubanaise in Vauban.

Gerd Weimer ist beeindruckt: „Hut ab vor dem, was Sie geleistet haben, großartig!“ sagt er zu den Eltern, die ihn durch die Vaubanaise führen. Seit zwei Jahren wohnen 73 Menschen in dem inklusiven Projekt, elf von ihnen mit Behinderungen. Fünf haben sich für eine WG entschieden, sechs für Einzelappartements mit Gemeinschaftsräumen – unabhängig davon, wie schwer ihre Handicaps sind und wie viel Unterstützung sie brauchen.

Von den elf Bewohnerinnen und Bewohnern ist niemand da, als der Landesbehindertenbeauftragte vorbeischaute. Sie arbeiten in Werkstätten oder im nahen in-

klusiven „Green City Hotel“. Alle sind junge Erwachsene zwischen 25 und 30 Jahren. Für sie ist die Vaubanaise die große Chance, nach langer Abhängigkeit von ihren Eltern endlich ihr eigenes Leben zu starten. Doch bei der Unterstützung habe es, erläutert Andreas Faulmüller als Vater stellvertretend für alle. Das zeige sich auch an der Küchenausstattung: Als Grundsicherungsempfänger erhielten alle Bewohner dafür 140 Euro pro Person – sie hätten aber einen andere Bedarf als provisorische Studierenden-WGs.

Die Bewohner der Appartements und der WG haben sich jeweils zu einer Auftraggebergemeinschaft zusammengetan, die unabhängig ist vom Träger des Wohnprojekts, der Genossenschaft Vaubanaise. Beide Gemeinschaften schlossen mit der Lebenshilfe Verträge für Pflege- und Eingliederungsleistungen ab.

Schon bei den ersten Planungen 2011 nahmen die Eltern der Bewohner Kontakt mit der Stadtverwaltung auf. Später gaben alle Anträge für das „persönliche Budget“ ab. Diese Eingliederungshilfe soll – falls nötig ergänzt von Pflegeleistungen – die Teilhabe sichern. Für Andreas Faulmüllers Tochter Larissa, die mit einer geistigen Behinderung und Psychosen lebt, genehmigten die Freiburger Behörden 2150 Euro Eingliederungshilfe als monat-



Gespräche führen Urs Bürkle, Vorstand der Genossenschaft Vaubanaise (links), und der Vater einer Bewohnerin, Andreas Faulmüller (rechts) mit dem Behindertenbeauftragten Gerd Weimer.

FOTO: INGO SCHNEIDER

liche Pauschale. Für manche genüge das. „Bei Larissa aber brauchen wir eine individuelle Bedarfsklärung“, sagt Andreas Faulhaber. Fachkräfte hätten ihren Alltag untersucht. Sie kamen auf einen Bedarf zwischen 4800 und 5500 Euro.

Weil das Geld nicht reicht, müssen die Eltern einspringen: Indem sie Fahrdienste übernehmen und alle ihre Kinder an vier Tagen im Monat in ihr altes Zuhause holen, damit in dieser Zeit keine Betreuung fällig wird. Seit zwei Jahren klagen einige Eltern gegen die Stadt auf Kosten-

übernahme des tatsächlichen Bedarfs. Vor dem Sozialgericht sind sie gescheitert, jetzt liegen einige Verfahren bei der nächsten Instanz. Immerhin: Der Kreis Emmendingen ist inzwischen auf eine individuelle Bedarfsklärung umgestiegen.

Gerd Weimer sieht eines der Probleme in der Verwaltungsreform von 2005. Seitdem seien Städte und Kreise für Eingliederungshilfe zuständig – und versuchten zu sparen. Das will er nicht hinnehmen, sondern mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) in Kontakt tre-

ten, der bisher dieselbe Argumentation wie die Freiburger Stadtverwaltung vertreten habe. Die Argumentation sei falsch – zum einen, weil behauptet werde, die Verträge für die Miete und die Lebenshilfe seien verquickt. Zum anderen, weil es nicht stimme, dass die Eltern zu spät nachgehakt hätten. Jetzt gehe es um Überzeugungsarbeit auf allen Ebenen. Die grüne Stadträtin Pia Federer will im Freiburger Gemeinderat ansetzen, die grüne Landtagsabgeordnete Bärl Mielich im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.